



OePR - Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung
1040 Wien, Argentinierstraße 22/2/1

Per Email an

team.s@gmj.gv.at

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Tel: +43/(0)1/503 21 92-0

Fax: +43/(0)1/503 21 92-500

E-Mail: pruefstelle@oepr-afrep.at

Wien, den 23.04.2015

Strafrechtsänderungsgesetz 2015

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zum Strafrechtsänderungsgesetz 2015 möchte die Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung (OePR) zum § 163 a des vorliegenden Entwurfes wie folgt Stellung nehmen.

Aus der vorliegenden Textierung dieses Entwurfes ist erkennbar, dass für das Informationsdelikt der unrichtigen Darstellung eine gesetzliche Lösung angestrebt wird, damit nicht jeder Fehler, der im Rahmen der Darstellung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage geschieht, auch strafrechtlich relevant wird. Das Strafrecht sollte richtigerweise nur als ultima ratio bei schwerwiegenden Verstößen zum Tragen kommen.

Entscheidende Bedeutung kommt unseres Erachtens dem Abs 4 des § 163 a zu. Hier wird die Erheblichkeit einer unrichtigen Darstellung definiert. Mit dieser Definition ist man allerdings sehr nahe bei der Bestimmung von IAS 8.5. Die Bestimmung lautet:

Wesentlich:

Auslassungen oder fehlerhafte Darstellungen von Posten sind wesentlich, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf der Basis des Abschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnten. Wesentlichkeit hängt vom Umfang und von der Art eines Postens ab, der jeweils unter den besonderen Umständen der Auslassung oder der fehlerhaften Darstellung einer Angabe beurteilt wird. Der Umfang oder die Art dieses Postens, bzw. eine Kombination dieser beiden Aspekte, könnten der entscheidende Faktor sein.

Somit ist auch nach dieser Definition ein Fehler dann wesentlich, wenn er die wirtschaftlichen Entscheidungen der Informationsadressaten beeinflussen könnte.

Mit der Einführung des Rechnungslegungskontrollgesetzes (RL-KG) wurde eine schwerpunktmäßige Nachprüfung der Jahresabschlüsse börsennotierter Gesellschaften normiert. Bei der Prüfung, ob eine fehlerhafte Darstellung wesentlich ist, orientiert sich die OePR an der o. g. Definition von IAS 8. Das bedeutet, dass grundsätzlich nur wesentliche Fehler im Rahmen der Rechnungslegungskontrolle festgestellt werden. Als Sanktionsmechanismus sieht das RL-KG die Beauftragung zur Fehlerveröffentlichung im § 5 des Gesetzes vor.

Es erscheint uns darum notwendig, dass durch ergänzende Normierungen auch sichergestellt wird, dass nicht automatisch jeder gemäß § 5 RL-KG veröffentlichte Fehler schon als Verletzung des objektiven Tatbestandes angesehen werden kann. Allein der Umstand, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass eine hohe Anzahl von Strafanzeigen gemacht werden, wenn der Tatbestand weit interpretierbar ist, sollte bedacht werden, auch wenn bei einer Vielzahl möglicher eingeleiteter Verfahren keine strafrechtliche Konsequenz eintritt.

Um der oben geschilderten Gefahr effektiv zu begegnen, sollten ergänzend bzw. ändernd folgende Regelungen umgesetzt werden:

1. Was den subjektiven Tatbestand betrifft ist in der derzeitigen Regelung das große Problem für die Unternehmensleitungen der bedingte Vorsatz. Fehler in der Rechnungslegung sind im Wesentlichen das Ergebnis fehlerhafter Interpretationen oder fehlerhafter Auslassungen. Das bedeutet, dass in den meisten Fällen im Vorfeld alternative Überlegungen bei der Erstellung eines Finanzberichtes angestellt werden und damit der bedingte Vorsatz sehr leicht als erfüllt angesehen werden kann. Wegen dieses großen Problems in der Praxis der Rechnungslegung und wegen des weiten Spielraums bestehender Rechnungslegungsalternativen sollte beim subjektiven Tatbestand der Begriff „Wissentlichkeit“ beim § 163 a festgeschrieben werden.
2. Das RL-KG sieht im Sinne der angestrebten Präventivwirkung als Sanktion für eine fehlerhafte Darstellung die Verpflichtung zur Fehlerveröffentlichung vor. Um Rechtssicherheit zu schaffen, wäre es zielführend eine Straffreiheit aufgrund von Fehlerveröffentlichungen zu normieren. Für den Bereich des RL-KG könnte dies bedeuten, dass eine Veröffentlichung eines festgestellten Fehlers vor Rechtskraft eines Bescheides gemäß § 5 RL-KG zur Straffreiheit führt. Gleiches sollte gelten, wenn ein Unternehmen bereits vor Beendigung des Prüfverfahrens und vor bescheidmäßiger Anordnung der Fehlerveröffentlichung aufgrund eigener Entscheidung eine Richtigstellung der fehlerhaften Darstellungen durchführt.

Aus Gründen der Gleichmäßigkeit der Behandlung, sollten analoge Bewegungen für die Straffreiheit bei Fehlerveröffentlichung auch außerhalb des RL-KG normiert werden.

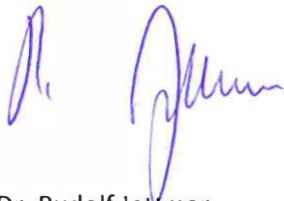
3. Die Straffreiheit bei Fehlerveröffentlichungen kann dann als kritisch angesehen werden, wenn die Fehler im Sinne der Rechtsschutzfunktion einer Strafbestimmung so gravierend sind, dass eine Veröffentlichung als unbillig im Sinne einer Straffreiheit gesehen werden kann. Vor allem ist hier zu bedenken, dass bis zur Fehlerkorrektur Entscheidungen der Informationsempfänger getroffen werden. Der Vorschlag wäre nun dahingehend, dass eine Straflosigkeit aufgrund einer Fehlerveröffentlichung dann nicht gegeben ist, wenn die fehlerhafte Darstellung

- geeignet ist, zu einer anderen Beurteilung der Unternehmensfortführung zu kommen, sofern die fehlerhafte Darstellung nicht gegeben wäre oder
- geeignet ist, eine solche Einschätzung der Fähigkeit eines Unternehmens, Zahlungsmittel oder Zahlungsmitteläquivalente zu erwirtschaften, herbeizuführen, die bei Unterlassung der fehlerhaften Darstellung zu einer signifikant abweichenden Einschätzung der Gesamtentwicklung eines Unternehmens geführt hätte oder
- geeignet ist eine schwerwiegende Schädigung der Anleger und Gläubiger herbei zu führen.

Auch mit Rücksicht auf den gesamten österreichischen Kapitalmarkt sollte die Strafbestimmung nicht zum Anlass genommen werden Manager an den Pranger zu stellen, obwohl letztendlich vielfach keine Verurteilungen folgen. Würden vor allem ausländischen Investoren ein zu enges Korsett durch strafrechtliche Bestimmungen sehen, so könnte dies eine abschreckende Wirkung bei der Entscheidung, ob in Österreich ein Unternehmenssitz errichtet werden soll, haben. Strafrechtliche Bestimmungen sollten auch aus diesem Grund nur in dem Maße Wirkung zeigen, wie es vernünftigerweise von Unternehmen und Investoren vergleichbarer Rechtsordnungen erwartet werden kann. Wir denken, dass wir mit unseren Anmerkungen im Falle deren Berücksichtigung einen Beitrag dazu leisten, dass auch in Österreich schwerwiegende Fehldarstellungen mit Recht verfolgt werden, jedoch fehlerhafte Darstellungen, die sich aus der Komplexität der zugrunde legenden Rechnungsvorschriften ergeben, straffrei bleiben.

Wir ersuchen höflich unsere Vorschläge zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rudolf Jettmar
Leiter der Prüfstelle